

1. MAI 2009

Bern, 1. Mai 2009

Rede von SGB-Präsident Paul Rechsteiner zum 1. Mai 2009 in Zürich und Olten

Wir leben in extremen Zeiten

Noch nie gab es soviel Reichtum auf der Welt, der enormen Kapitalvernichtung der letzten Zeit zum Trotz. Aber nie mehr seit vielen Jahrzehnten waren die Gegensätze so obszön. Die 500 Reichsten der Welt besitzen mehr als die halbe Milliarde der Aermsten.

Wir haben in den letzten Monaten angefangen, uns an grosse, bis vor kurzem noch unvorstellbare Zahlen zu gewöhnen. Die Rettungspakete der reichen Länder für die Banken und Firmen haben die gigantische Grössenordnung von 11'000 Milliarden Franken erreicht. Das ist die teuerste Rechnung, die die Welt je gesehen hat. Fast so viel wie die in Geld gemessene Wirtschaftsleistung aller Entwicklungsländer zusammen.

Als Folge der Krise werden allein dieses Jahr gegen 100 Millionen Menschen neu unter die absolute Armutsgrenze gedrückt. Mehr als 400'000 Kinder sterben zusätzlich vor Hunger. Denn die gigantischen Summen werden für die Banken der reichen Länder und nicht in den Entwicklungsländern investiert.

Die Manager der Grossbanken, welche die Wirtschaft fast in Grund und Boden geritten haben, sie sitzen noch immer in ihren Villen, auch in Freienbach, auch an der Goldküste. Sie kassieren Boni, goldene Handschläge und goldene Fallschirme. - Das ist die Realität von oben und unten.

In der Schweiz stirbt niemand vor Hunger. Aber auch bei uns verschärfen sich die Gegensätze. Der Kantonsstatistiker Hans Kissling hat ausgerechnet, dass das reichste Prozent im Kanton Zürich inzwischen so viel besitzt wie 95% der übrigen Steuerpflichtigen. Laut Kissling bekommt die Schweiz immer mehr die Züge einer Feudalgesellschaft. Im Kontrast zum schamlosen Reichtum oben haben allein in den drei Jahren 2004, 2005 und 2006 fast eine Million Menschen einmal Leistungen der Arbeitslosenversicherung, der IV oder der Sozialhilfe bezogen. Wenn es in drei Jahren im Aufschwung schon jeden fünften Erwerbstätigen getroffen hat, der auf die Arbeitslosenversicherung, die IV und die Sozialhilfe angewiesen war, wie viel mehr werden es dann erst in der Krise sein?

Die Wirtschaftskrise ist so gross wie nie seit den dreissiger Jahren. Wie damals begann alles mit den Exzessen im Finanzsektor. Vorne mit dabei bei diesen Exzessen waren diesmal die Schweizer Grossbanken. Und wer soll das nun alles ausbaden?

Die 68 Milliarden öffentlicher Gelder für die UBS sind mehr als der ganze Bundeshaushalt, mehr als das Dreifache der Kosten der ganzen Neat, des grössten Bauwerks, das die Schweiz je in Angriff genommen hat. In anderen Ländern entschieden die Parlamente über die Rettungspakete. Bei uns wurde die grösste Staatsausgabe aller Zeiten anfangs Oktober am Parlament und an der Demokratie vorbeigeschleust. Zwei Monate später durften aber die Aktionäre der UBS darüber entscheiden, ob sie die 68 Milliarden annehmen wollen. Perverse Verhältnisse: Wer die Milliarden bekommt, darf mitentscheiden. Aber jene, die zahlen müssen, hatten dazu null und nichts zu sagen: Ein gigantischer und in der Geschichte der Schweiz nie da gewesener Verfassungsbruch.

Wer ist für diese unglaublichen Vorgänge verantwortlich? Ein Bundesrat mit einem Finanzminister, einem Bundespräsidenten, der sich verhält wie ein Ausläufer der UBS. Und der nicht zu unterscheiden weiss zwischen den privaten Interessen der UBS und den öffentlichen Interessen, die er aufgrund seines Amtes eigentlich zu wahren hätte. Und bürgerliche Parteien, die von genau dieser UBS finanziert werden und darum blind alles absegnen, was diese Grossbank will, keine Beschränkungen bei den Boni für das Management, keine Auflagen, nichts, aber alles auf Kosten der Steuerzahler. - Gekaufte politische Entscheide: Was ist das anderes als Korruption?

Und jetzt setzen die Herren Merz, Pelli und Konsorten noch eins drauf und verlangen von den Schweizerinnen und Schweizern, die Reihen zu schliessen. Die Reihen zu schliessen zugunsten von UBS-Managern, die über Jahre hinaus ein grossangelegtes Betrugsmanöver, eine „conspiracy to defraud the U.S.“ in den Worten des „District Court of Southern Florida“, eine grossangelegte Verschwörung zum Betrug des amerikanischen Staates durchgeführt haben, mit Wissen und Billigung des höchsten Managements - zugunsten dieser Verbrecher sollen die Schweizerinnen und Schweizer jetzt die Reihen schliessen?

Herr Merz, Herr Ospel, Herr Pelli: Wir sitzen nicht im gleichen Boot!

Was wir jetzt erlebt haben, der Beinahe-Kollaps des ganzen Finanzsystems, mit gewaltigen, noch unabsehbaren Folgen für die Weltwirtschaft, war kein Naturgesetz. Es ist die Folge politischer Entscheide, einer politisch gesteuerten Entwicklung, die Folge von politischen Ideen und Ideologien.

35 Jahre ist es her, seit der Neoliberalismus, die Ideen von Friedman und Hayek, mit dem Militärputsch von Pinochet in Chile 1973 in einem offenen Feldversuch erstmals gewaltsam durchgesetzt wurde. Es folgten die Wahlsiege von Thatcher in England und von Reagan in den USA. Gemeinsamer Nenner der neoliberalen Projekte waren Liberalisierungen und Privatisierungen, die systematische Schwächung des Sozialstaats und die Zerschlagung des Service Public, wo immer dies möglich war. Zum Programm gehörten die Deregulierung des Finanzsektors, mit den Folgen, die wir jetzt

kennengelernt haben, und die offene Propagierung von immer dreisteren Steuervorteilen für die Reichen. Zum Programm gehörte der systematische Druck auf die Löhne der unteren und mittleren Einkommen und Lohnexzesse für die Manager in einem Ausmass, das vor wenigen Jahren noch für völlig undenkbar gehalten wurde. Das politische Programm der Neoliberalen ist nichts anderes als die wirtschaftliche, die soziale und die politische Ungleichheit.

Der machtpolitische Schlüssel für die Durchsetzung dieses unsozialen Programms war der Angriff auf Gewerkschaften. Denn nichts anderes als die Stärke und die Stärkung der Gewerkschaften war ausschlaggebend dafür, dass in den Jahrzehnten nach dem 2. Weltkrieg die Löhne der arbeitenden Menschen und damit ihr Anteil an den wirtschaftlichen Errungenschaften ständig stiegen, dass Schritt für Schritt ein Sozialstaat aufgebaut werden konnte und sich die Chancengleichheit für grosse Teile der Bevölkerung Schritt um Schritt verbesserte.

Mit dem Neoliberalismus wurde diese positive soziale Entwicklung umgedreht. Das gelang nur durch die Schwächung der Gewerkschaften, ganz exemplarisch in den USA und in England. Die Folge waren der systematische Druck auf die Löhne und die Arbeitsbedingungen und die Lohnexzesse der Manager und ständige Angriffe auf den Sozialstaat. Inzwischen sind auch bei uns die Bildungschancen wieder in weit stärkerem Mass als in den Nachkriegsjahren von der sozialen Stellung der Eltern abhängig. Die soziale Ungleichheit macht nicht Halt vor der Lebenserwartung und dem Tod. Auch bei uns haben die Männer aus dem obersten Einkommensviertel im Durchschnitt eine um zehn Jahre höhere Lebenserwartung als jene aus dem untersten Einkommensviertel. Wenn Herr Couche-pin neu eine zusätzliche Gebühr von 30 Franken für jeden Arztbesuch einführen will, dann trifft dies die einfachen Leute, aber nicht jene mit höheren Einkommen.

Die soziale Gleichheit und der Sozialstaat stehen nicht, wie uns die Ideologen von rechts einreden wollen, im Gegensatz zur Freiheit. Richtig ist genau das Gegenteil: Für die grosse Mehrheit der Bevölkerung ist der Sozialstaat nicht der Gegensatz, sondern die Voraussetzung von Freiheit, angefangen von der AHV bis zur sozialen Krankenversicherung und vom kostenlosen Bildungssystem bis hin zur staatlich geförderten Berufsbildung und den Stipendien.

Auch deshalb muss als Folge der Krise der Kapitalmärkte in der Altersvorsorge die AHV wieder gestärkt und ausgebaut werden, mit höheren Renten, statt die Altersvorsorge zum Spielball der Börsen zu machen. Die AHV ist allen anderen Formen der Altersvorsorge hinsichtlich ökonomischer Effizienz und sozialer Leistungsfähigkeit weit überlegen.

Wenn es aber für Entwicklung der Gesellschaft, ob sie immer unsozialer oder endlich wieder sozialer wird, entscheidend auf die Stärke der Gewerkschaften ankommt, dann liegt auch der Schlüssel für eine soziale und demokratische Entwicklung wieder in der Stärkung der Gewerkschaften. In den USA, wo die Gewerkschaften so stark geschwächt wurden, dass die Reallöhne der Arbeiter in den letzten 20, 25 Jahre gesenkt werden konnten, ist das der Grund dafür, dass Obama mit dem „Employee Free Choice Act“ das in vielen Unternehmen gar nicht mehr existierende Recht auf gewerkschaftliche Organisation endlich gesetzlich wieder durchzusetzen will. Auch wenn die Schweizer Gewerkschaften im Vergleich stärker und einflussreicher geblieben sind als die amerikanischen, hat auch die Schweiz bei den gewerkschaftlichen Grundrechten Nachholbedarf, wenn wir etwa an

den fehlenden wirksamen Kündigungsschutz gegen gewerkschaftsfeindliche Kündigungen denken, ein flagranter Widerspruch zu den international garantierten Arbeits- und Menschenrechten.

Man kann im Alltag immer wieder staunen, wie viel Mut es manchmal auch in einem freien Land wie der Schweiz braucht, sich gewerkschaftlich zu organisieren, obschon es dabei nur um ein verfassungsmässig garantiertes Grundrecht geht. Eine Demokratie lebt davon, dass die Leute von ihren Grundrechten Gebrauch machen. Wie die schweizerische Gesellschaft in den kommenden Jahren und Jahrzehnten aussehen wird, hängt stark davon ab, wie viele Leute den Mut und die Bereitschaft haben, in die Gewerkschaft einzutreten, auch wenn das dem Chef nicht gefällt.

So angeschlagen die sogenannten Eliten und Machträger heute sind, kann allerdings niemand der Illusion verfallen, dass sich eine politische Wende von selber einstellen wird. Zwar sind die neoliberalen Konzepte in einem unvorstellbaren Ausmass gescheitert und die Leitideen der Ungleichheit intellektuell und moralisch diskreditiert.

Aber vergessen wir nicht, dass politisch fast durchwegs noch das Personal am Ruder ist, das uns diese Misere eingebrockt hat. Wir sind noch immer im falschen Film. Nehmen wir die Steuersenkungsprojekte von Herrn Merz beim Bund und jene in den Kantonen. Wie wenn überhaupt nichts passiert wäre, lautet das Programm unverändert Entlastungen und Privilegien für die Reichen, was das Zeug hält, während der Staat, der die Grossbanken retten musste, mit Schuldenbremsen stranguliert werden soll, damit die gewöhnlichen Leute auch richtig bluten müssen. Herr Couchepin will, wie wenn nichts passiert wäre, nicht etwa den Boni, sondern den Renten an den Kragen. Nach den Renten der Pensionskassen sollen auch jene der AHV angegriffen und das Rentenalter heraufgesetzt werden, obschon er damit wiederholt gescheitert ist. Frau Leuthard, die die Krise nicht sehen wollte, als sie schon lange da war, zaudert, zögert und schwatzt, wo die Verfassung sie als Wirtschaftsministerin zum Handeln verpflichten würde. Und trotz dem Fiasko mit der Liberalisierungsprojekten, Beispiel Strom, beschliesst der Bundesrat mitten in der Krise, die Post voll zu liberalisieren, was den Pöstlerinnen und Pöstlern bei den Arbeitsbedingungen, aber auch der Bevölkerung, Stichwort Poststellen, nur Nachteile bringen wird; eine Verrücktheit, das aus ideologischen Gründen zu zerschlagen, was funktioniert. – Wir müssen diesen falschen Film auswechseln. Wir müssen und wir können diese Liberalisierungs- und Sozialabbauprojekte stoppen.

Aber es droht eine weitere Gefahr. Sicher ist, dass nach dieser Krise nichts mehr sein wird wie vorher. Aber denken wir daran, dass es auf grosse Wirtschafts- und Gesellschaftskrisen wie in den dreissiger Jahren schon immer linke und rechte Antworten gab. In den USA hat sich mit dem New Deal damals, zum Glück für die Welt, eine linke Antwort durchgesetzt.

Vergessen wir nicht, dass die Wahlerfolge der SVP durch harte Ausländerfeindlichkeit, schwer an der Grenze zum Rassismus, und überhaupt durch die Jagd auf Schwache wie Invalide und Sozialhilfeabhängige als Sündenböcke angetrieben wurden, was verdeckt hat, dass diese Partei wirtschafts- und sozialpolitisch eine knallharte neoliberale Politik gegen die Interessen der arbeitenden Menschen betreibt. Wir können sicher sein, dass die SVP die elektoral erfolgreichen Rezepte der Hetze und der Spaltung wieder bewirtschaften wird, unterlegt mit einem Finanzplatzpatriotismus, der alles verne-

belt, was zur Weltwirtschaftskrise geführt hat. Gefährlich wird das deshalb, weil die SVP für ihre Propaganda über finanzielle Mittel verfügt, die ein Mehrfaches aller anderen zusammen ausmachen.

Auch deshalb braucht es eine offensive linke Antwort. Und zukunftsgerichtete Antworten, die über die gegenwärtigen Zustände weit hinausreichen. Basierend auf der Gleichheit der Menschen, als Basis der Demokratie, die alle mit einschliesst, die hier leben und arbeiten. Eine linke Politik, die dagegen antritt, wenn Junge gegen Alte ausgespielt werden, oder Arbeitslose gegen Leute, die eine Erwerbsarbeit haben.

Und es braucht eine Perspektive, die sich nicht auf die Schweiz beschränkt. Die weltweiten Rettungspakete der letzten Monate, und ihre gigantische Grössenordnung von 11'000 Milliarden, haben gezeigt, dass noch vor kurzem Unvorstellbares möglich wird, wenn es in den Augen jener sein muss, die vorläufig das Sagen haben.

Der technologische Fortschritt der letzten Jahrzehnte ist gewaltig. Die Ueberwindung des Welthungers ist nicht eine Frage der Produktionsmöglichkeiten. Die Bedürfnisse nach einer brauchbaren Verkehrsinfrastruktur, nach ausreichenden Bildungschancen sind enorm. Es fehlt nicht am industriellen Potenzial, auch nicht am weltweit vorhandenen Wissen. Wenn die Bedürfnisse und der Reichtum der Möglichkeiten, die sogenannten Produktivkräfte, einerseits und die Armut der Realität andererseits derart auseinanderklaffen, dann liegt das an den Machtverhältnissen, den Produktionsverhältnissen, an der fundamentalen Ungerechtigkeit der Weltwirtschaftsordnung.

Der 1. Mai steht für die Notwendigkeit einer sozialen Alternative zu den herrschenden Verhältnissen. Aber auch dafür, dass die notwendige Veränderung nicht von selber kommt, sondern dass es eine soziale Bewegung braucht, um diese ungerechten Verhältnisse zu überwinden.

Sorgen wir für diese Bewegung! Tragen wir zu dieser sozialen Alternative bei!

Paul Rechsteiner